

AfD-Bundestagsfraktion – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Alle Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion

Per E-Mail: alle-afd-mdb@afdbundestag.de

Detlev Spangenberg, MdB
Gesundheitspolitischer Sprecher der
AfD-Bundestagsfraktion
Leiter des Arbeitskreises Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-78539
Fax: 030 227 70539
detlev.spangenberg@bundestag.de

Berlin, 12. Januar 2021

AK 14 Corona-Bullentin_KW2

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

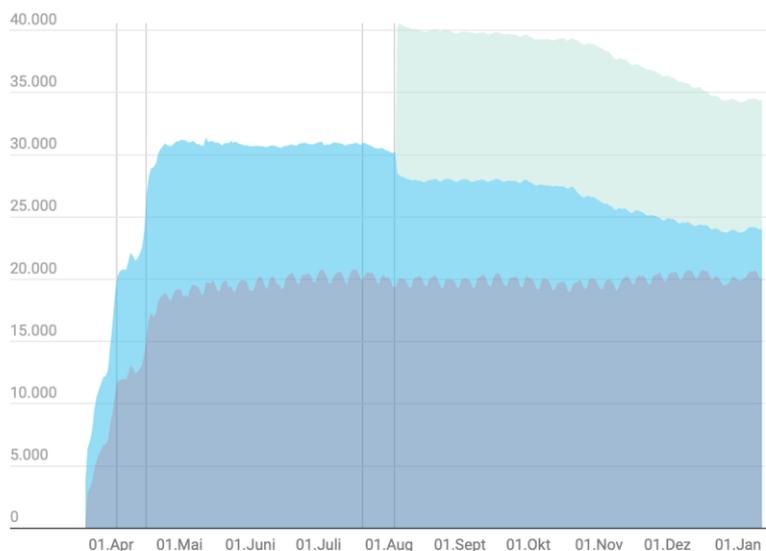
ab sofort übermittelt der AK Gesundheit die gesundheitspolitische Position.

Kurzinformation des AK-Gesundheit zu Corona 2. Kalenderwoche 2021

Gesamtzahl gemeldeter Intensivbetten (Betreibbare Betten und Notfallreserve)

Deutschland

■ Belegte Betten ■ Freie Betten ■ Notfallreserve



Stand: 11.01.2021 12:17

Quelle: [DIV-Intensivregister](#) · [Daten herunterladen](#) · Erstellt mit [Datawrapper](#)

Sitz und Postanschrift:
AfD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 49 30 – 2 27 - 57141
Fax 49 30 – 2 27 - 56349
E-Mail: buerger@afdbundestagsfraktion.de
Web: www.afdbundestag.de

Bankverbindung
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE75100900002709541008
BIC: BEVODEBB

Vorsitzende Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland

Gesundheitssystem

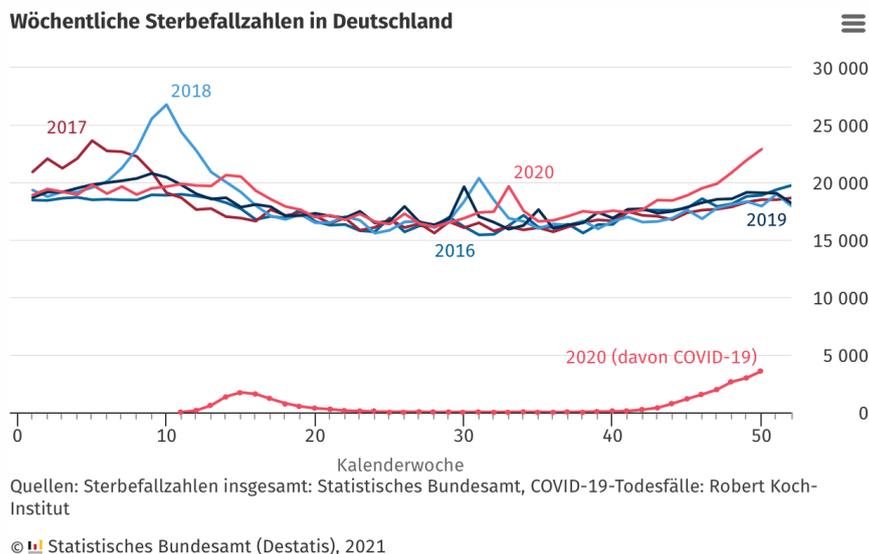
Den Daten des DIVI-Intensivbettenregisters zufolge gibt es nach wie vor keine Überlastung des Gesundheitssystems. Die Zahl der belegten Intensivbetten beträgt seit dem Frühjahr konstant ca. 20.000. Mit Notfallreserve betragen die freien Kapazitäten ca. 35.000 Betten.

Allerdings nimmt die Zahl der Intensivbetten seit dem Sommer insgesamt ab. Die Regierung hat es versäumt, seit dem Frühjahr weitere Kapazitäten aufzubauen und Personal aus- bzw. weiterzubilden. Stattdessen setzt man auf den „Lockdown“ und Impfstoff.

<https://www.intensivregister.de/#/aktuelle-lage/zeitreihen>

Übersterblichkeit

Eine abschließende statistische Analyse zur Beurteilung einer sogenannten "Übersterblichkeit" liegt zwar noch nicht vor, bisher wurden jedoch lediglich temporäre Erhöhungen gegenüber den Vorjahren festgestellt, so wie das z.B. in den Vorjahren 2017 und 2018 ebenfalls temporär der Fall war (siehe Graphik).



https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/_Grafik/_Interaktiv/woechentliche-sterbefallzahlen-jahre.html?nn=209016

Impfungen

Die Regierung hat auf „Lockdown“ und Impfung gesetzt. Beides funktioniert nur mangelhaft. Der „Lockdown“ zeigt keine nachweisliche Wirkung, führt aber zu zahlreichen negativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Die Impfpräparate, bei deren Entwicklung bereits auf Forschungsvorarbeiten zu anderen Corona-Viren und entsprechenden Impfstoffentwicklungen aufgebaut werden konnte, laufen nur schleppend an. Statt sich auf die nationale Versorgung zu konzentrieren, hat die Kanzlerin ihrer üblichen ideologischen Ausrichtung folgend, die deutschen Interessen zugunsten internationaler Interessen zurückgestellt.

Anstatt rechtzeitig und konsequent auf den Schutz der Risikogruppen zu setzen, werden weitgehend unwirksame und die Grundrechte einschränkende Maßnahmen verlängert. Für die Fehler der Regierung wird die Bevölkerung mit Schuldzuweisungen bzgl. ihrem angeblich leichtsinnigen Verhalten verantwortlich gemacht.

Eine Wahlmöglichkeit bzgl. eines Impfstoffes besteht lt. Bundesminister Spahn derzeit nicht.

Vorzugsbehandlungen für Geimpfte, wie jetzt in Sachsen-Anhalt beschlossen, sind grundsätzlich abzulehnen: Menschen, die eine abgeschlossene Impfung gegen das CORONA-Virus erhalten haben, erhalten ihre Reisefreiheit beziehungsweise ihr Recht auf Freizügigkeit zurück, während Nicht-Geimpfte weiter den schwerwiegenden „Lockdown“-Einschränkungen unterliegen.

Derartiges war schon von verschiedenen Seiten als Forderung zu vernehmen, auch auf Bundesebene. So kann man nicht verfahren! Zurzeit haben nicht alle die Gelegenheit, sich impfen zu lassen.

Grundsätzlich darf man Menschen ohne eine Impfung nicht weiterhin ihre Grundrechte aberkennen, während eine Minderheit von Geimpften davon ausgenommen wird. Eine derartige Ungleichbehandlung, was die Aberkennung von Grundrechten betrifft, ist keinesfalls hinnehmbar.

Kollateralschäden

Die Kollateralschäden der Eindämmungsmaßnahmen könnten größere Opfer fordern als Covid-19. Zur Eindämmung der Infektionen taugen die Maßnahmen ohnehin wenig, dafür werden die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden immer größer. Nicht nur die Reduzierung notwendiger medizinischer Behandlungen, sondern zunehmend auch die psychologischen Schäden inklusive der Suizide und der häuslichen Gewalt sind besorgniserregend:

https://www.rbb24.de/panorama/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/08/brandenburg-haeusliche-gewalt-anstieg-polizei.html

<https://www.berliner-zeitung.de/news/berliner-feuerwehr-zahl-der-einsaetze-wegen-moeglichem-suiziden-steigt-massiv-an-li.117723>

Je länger auch Schulschließungen andauern, desto mehr nehmen auch Bildung und Entwicklung von Jugendlichen und Kindern Schaden.

<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/reaktionen-auf-corona-beschluesse-langfristiger-schaden-durch-einschraenkung-der-schulen-a-8bc9a236-ed1b-4c47-b26e-a7d393003d35>

Die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen wird so mit der Zeit immer deutlicher.

Mit freundlichen Grüßen



Detlev Spangenberg, MdB
Leiter des AK Gesundheit